

---

**1058/J XXVIII. GP**

---

Eingelangt am 11.04.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

der Abgeordneten Lisa Schuch-Gubik  
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-  
schutz  
betreffend **Ideologische Experimente an Schulen**

Die Tageszeitung „Heute“ berichtet in ihrer Onlineausgabe am 26.03.2025 über das öffentlich finanzierte Schulprojekt „queerfacts“ und beschreibt dieses wie folgt:

### **„Sexualität erraten – Steuerzahler brennt**

*Bei den Workshops von ‚queerfacts‘ handelt es sich um ein Bildungsprojekt, das Extremismus und Sexismusprävention aufgreift – finanziert vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.*

*Mit etwas kuriosen Methoden sollen Schüler im Zuge der Kurse die Sexualität ihrer Gegenüber erraten. Auf der eigenen Homepage spricht ‚queerfacts‘ von einer Gebühr von 390 Euro pro Klasse – bezahlt wird dies wohl aus Steuergeldern.*

*Das Resultat schien Mutter Elisabeth\* (Name von der Redaktion geändert) nicht zu gefallen. Sie wurde via schuleigener App über zwei Kultur- und Respekttage in Kenntnis gesetzt, diese fanden aber bereits am 12. und 13. März statt. Vom Sexual-Workshop hüllten Lehrkräfte und die Direktion hingegen den Mantel des Schweigens.*

*Vor allem aufgrund des Alters und der Herkunft der Mitschüler wurde die Situation vor allem nach dem Workshop unangenehm: „Meine Tochter ist eh schon die gefühlte einzige Österreicherin in der Klasse, jetzt mussten die Kinder auch noch ohne Vorwarnung oder Wissen der Eltern über Pansexualität sprechen. Wie die Veranstaltung durchgeführt wurde, war sicher nicht im Sinne des Erfinders.“<sup>1</sup>*

Angesichts der beschriebenen Vorfälle drängt sich der Verdacht auf, dass unter dem Deckmantel von Prävention und Aufklärung ideologische Inhalte vermittelt werden, ohne die notwendige Einbindung oder Zustimmung der Eltern. Eine derartige Praxis

---

<sup>1</sup> <https://www.heute.at/s/steuerzahler-muessen-fuer-pansexuellen-workshops-brennen-120098866>

wirft nicht nur pädagogische, sondern auch demokratiepolitische Fragen auf – insbesondere, wenn sie mit öffentlichen Mitteln finanziert wird.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

### **Anfrage**

1. Warum wurden die Kosten für die Durchführung dieses Workshops von Ihrem Ressort übernommen?
2. Wie hoch waren die genauen Kosten für die Durchführung dieses Workshops?
3. Wie sieht das Budget- und Finanzierungskonzept für das gesamte Projekt aus?
4. Für welchen Zeitraum ist geplant, dieses Projekt zu fördern?
5. Welches Ziel hatte dieser Workshop?
6. Wie lange dauerte der Workshop?
7. Wie lange ist die geplante Projektlaufzeit?
8. In welchen Schulen fand dieser Workshop bereits statt?
9. Welche Altersklasse ist die Zielgruppe dieses Workshops?
10. An welche Schulstufe(n) richtet sich dieses Projekt?
11. Warum wurde dieser Workshop mit minderjährigen Kindern durchgeführt?
12. Waren Lehrkräfte bei diesem Workshop anwesend?
  - a. Wenn ja, wie viele?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche weiteren Workshops dieser Art sind von Ihrem Ministerium in Planung?  
(Bitte um detaillierte Aufschlüsselung nach Datum, Bundesland und Schultyp)